Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung" erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Bezugs-Preis: Monatlich 2,25 Mark. bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mark. In Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonst. irgendwelcher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten od. d. Beförderungseinrichtungen) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Unterhaltungs- und Anzeigeblatt

Anzeigen-Preis: Die kleingespaltene Zeile oder deren Raum wird mit 50 Pfg., auf der ersten Seite mit 125 Pfg. berechnet.
Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr in der Geschäftsstelle erbeten.
Jeder Anspruch auf Nachlaß erlischt, wenn der Anzeigen-Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder wenn der Auftraggeber in Konkurs geriet.

Fernsprech-Anschluß Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 29148. Schriftleitung, Druck u. Verlag Hermann Rühle, Groß-Okrilla.

Nummer 67 Mittwoch, den 16. Juni 1920 19. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Wegesperrung.

Die Sperrung des Flügels C — öffentlicher Weg von Moritzdorf nach Höckendorf — muß bis zum

15. Juli d. J.

verlängert werden.

Staatsforstrevier Okrilla, 12. Juni 1920
Der Gutsvorsteher.

Schuhwaren.

Bestellungen auf Gebrauchsschuhwerk und zwar Damenstiefel (beste Ausführung, hochwertiges Leder, Rahmengenäht) zu 160.— M. Damenstiefel (durchgenäht und holzgenagelt) zu 90.— M. Knabenstiefel ca. 90.— M. können bis

16. Juni d. J.

im Gemeindeamt — Meldeamt — angebracht werden. Zuteilung bleibt vorbehalten.

Ottendorf-Moritzdorf, am 15. Juni 1920.

Der Gemeindevorstand.

Hauptkörung der Zuchtbullen

findet Ende Juni d. J. statt. Die Viehbesitzer werden hiermit aufgefordert ihre körfähigen Bullen bis

20. Juni d. J.

dem Unterzeichneten anzumelden.

Ottendorf-Moritzdorf, am 15. Juni 1920.

Der Gemeindevorstand.

Neuestes vom Tage.

— Nachdem Herr Dr. Heinze von der Deutschen Volkspartei dem Reichspräsidenten den Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgegeben hatte, hat der Reichspräsident am Montag vormittag den Führer der Zentrums-Fraktion Dr. Trimborn zu sich gebeten. Sie hatten eine längere Besprechung, worin Trimborn auf die großen Schwierigkeiten hinwies, die sich zur Bildung eines Kabinetts entgegenstellen.

— Zu der Regierungskrise schreibt die Deutsche Allgemeine Zeitung: Dr. Heinze hat die Möglichkeit, ein rein bürgerliches Kabinett zu organisieren als nicht in den Umfang seines Auftrages einbegriffen angesehen. Er hatte auch keine Berechtigung insofern, als die Deutsche Volkspartei zahlenmäßig innerhalb der bürgerlichen Gruppen von den anderen Parteien überragt wird. Die Bildung eines reinen Kabinetts der Rechten kam als von vornherein unmöglich, überhaupt nicht in Frage. Der Schwerpunkt der jetzigen Entscheidung hat aber nicht in den Versuchen Dr. Heinzes gelegen, sondern in der Stellungnahme, die die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer gemeinsamen Sitzung mit dem Parteiausschuß zum ganzen Fragenkomplex eingenommen hat. Die Sozialdemokratie hat nun aber den Standpunkt eingenommen, daß sie nur in eine Koalition eintreten will, an der sich auch die Unabhängige Sozialdemokratie beteiligt. Aber man ist noch weiter gegangen. Man hat in einer Entschließung die Fortsetzung der bisherigen Koalitionspolitik mit Zentrum und Demokraten als gegenwärtig unmöglig bezeichnet, d. h. mit anderen Worten, die Sozialdemokratie lehnt es überhaupt ab, an der Reichsregierungsbildung mitzuarbeiten. Sie besteht darauf, unter allen Umständen in die Opposition zu treten. Wie jetzt eine bürgerliche Regierung zustandekommen soll, ist noch durchaus unklar. Das Zentrum wäre auf ein Zusammengehen mit sämtlichen bürgerlichen Parteien einschließlich der Deutschnationalen und der Demokraten angewiesen. Ob sich diese Gegenpole überhaupt auf eine Linie zusammenbringen lassen werden, steht noch dahin. Die Zersplitterung des Parteiwesens, die Voranstellung der Parteiinteressen, das fehlen des Bewußtseins, das nur ein lebensfähiger Staat allen Parteianschauungen gerecht werdende und ausreichende Sicherheit bietet, hat uns in diese unerquickliche Lage hineingeworfen, deren Lösung die ganze diplomatische Kunst des Herrn Trimborn beanspruchen wird.

Oertliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 15 Juni 1920.

— Am vergangenen Sonntag entstand gegen Mittag, wahrscheinlich durch Unvorsichtigkeit einiger Beerensucher, die im Walde abgekocht hatten, ein Waldbrand. Durch schnelles zur Hilfe eilen der beiden hiesigen Freiwilligen Feuerwehren konnte das Feuer eingedämmt und ein weiteres Umsichgreifen verhindert werden.

*** Durch die Erhöhungen der Brotpreise sahen sich die Mitglieder unseres Frauenvereins veranlaßt, ihre Beiträge zu erhöhen, wenn sie auch fernerhin bedürftigen Witwen unserer Ortschaften wöchentlich ein Freibrot verabreichen wollten. Obwohl fast sämtliche Mitglieder ihre Beiträge verdoppelten, langten die eingegangenen Gelder bei weitem nicht aus, die Ausgaben zu decken, weshalb die Damen unserer Großindustriellen ihre vierteljährigen Beiträge auf 60 und 75 Mark bereitwilligst erhöhten. Durch die letzte Steigerung der Brotpreise ergab sich wieder ein Fehlbetrag von jährlich ungefähr 600 Mark. In hoch anzuerkennender Weise haben die Firmen Aug. Walther und Söhne 500 Mark und Herr Fabrikbesitzer Schiffl 200 Mk. dem Vereine zur Deckung dieses Fehlbetrages und zur Fortgewährung der Brote übergeben, wofür auch an dieser Stelle den Gebern bestens gedankt wird.

— In der am gestrigen Montag abend stattgefundene Gemeinderatssitzung teilte der Vorsitzende, Herr Gemeindevorstand Richter mit, daß auf das eingereichte Gesuch die zweimalige Postbestellung des Ortsteils Cunnersdorf betr., die Oberpostdirektion in ablehnenden Sinne geantwortet habe und daß auch für die Folge auf eine zweimalige Bestellung nicht zu rechnen sei wegen der zu schwierigen Finanzlage des Reiches. Die Amtshauptmannschaft macht Mitteilung, daß die Einpfarrung des Ortsteils Cunnersdorf nach Ottendorf jetzt dem Landeskonsistorium zur Entschließung vorliege. Die Ausschreibung einer weiteren ständigen Lehrerstelle wird auf Ansuchen des Schulvorstandes genehmigt. Eine von der Firma August Walther & Söhne A.-G in Moritzdorf an die Oberforstmeisterei Dresden gerichtetes Gesuch, welches von der Gemeinde befürwortet war, um Abtretung von Land zum Bau von Arbeiterwohnhäuser ist abschlägig beschieden worden. Es wird beschlossen, ein weiteres Gesuch einzureichen und im besonderen darauf hinzuweisen, daß nicht die in Moritzdorf bestehende Industrie den Wald beenge, sondern daß der Wald die Ausbreitung der Industrie hindere und somit der Arbeitslosigkeit Vorschub leiste. An Stelle der aufgelösten Einwohnerwehren soll ein Ortsschutz gegründet werden. Der Vorsitzende teilte die Zusammensetzung desselben mit, indem er darauf hinwies, daß der Ortsschutz auch für den Flurschutz sorgen müsse, von einer Bezahlung für die Zwecke des Flurschutz aber Abstand genommen werde. Ein eingereichtes Naturalisationsgesuch des Herrn J. Wittmann fand Befürwortung. Längere Aussprache fand über die Uebernahme des Friedhofes auf die politische Gemeinde statt, die Schwierigkeiten, die dem im Wege stehen, können nur durch die Schaffung eines Landesgesetzes begegnet werden. Da bis jetzt Schwierigkeiten bei Begräbnissen nicht entstanden sind, auch Herr Pfarrer Gräf sich bereiterklärt hat, auf das Recht des Einspruchs bei nicht vorher gemeldeter Ansprache am Grabe zu verzichten, so erklärt sich der Gemeinderat damit einverstanden. Für die Folge finden nur noch Begräbnisse in einer Klasse statt, auch soll den Wünschen über die Zeit der Beerdigung in den Abendstunden weitgehendst entgegengekommen werden. Ueber die Beerdigung der Verstorbenen in einheitlicher Weise auf Kosten der Gemeinde sollen Erhebungen über die entstehenden Kosten angestellt werden. Die Schaffung einer Parentationshalle — ein wunder Punkt in unserem Industrieorte — wurde in ausführlicher Weise besprochen und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß diese gleichzeitig als Gedächtnisstätte für unsere gefallenen Krieger dienen könne. Herr Gemeindevorstand Richter wies darauf hin, daß sich der Verfassungsausschuß bereits mit der Schaffung einer Kriegerehrung befaßt habe und faßte den Plan der Erbauung einer Parentationshalle auf, da sich diese aus Wohlfahrts- wie hygienischen Gründen als unumgängliche Notwendigkeit erweise. Das Gesuch der Freien Turnerschaft um Schaffung einer Beleuchtungsanlage auf dem Turnplatz am Gasthof zum schwarzen Roß wurde dem Gaswerksverbandsausschuß überwiesen. Von einer Einladung des Gesangvereins „Deutscher Gruß" zu dem am 4. Juli stattfindenden Sängertag wurde Kenntnis genommen. Der Turnverein „Jahn" sucht um Genehmigung nach, im Friedrich-Wilhelms-Bad seine Turnstunden abzuhalten, dem Gesuche wird stattgegeben und von einer Erhebung einer Entschädigung Abstand genommen. In dem Unterausschuß für den Wohnungsverband wird Herr Gemeindevorstand Richter und Herr Gemeindevertreter Tamme gewählt. Betreffs des Fernsprechanschlusses beschließt der Gemeinderat, den Anschluß Radeberg für den 1. Oktober zu kündigen. In den Kreisen der Erwerbslosen, deren Zahl beständig steigt, macht sich eine Erbitterung bemerkbar, zumal seit Sonnabend im nahen Lausa eine höhere Unterstützung gezahlt wird. Es wird beschlossen, daß die Erwerbslosen in den Ausschuß zwei Vertreter wählen, die ihre Rechte wahren sollen.

— Unser täglich Brot. Zu der kürzlich veröffentlichten Auslassung entnehmen wir einem Bericht über eine Bäckerversammlung in Breslau, der die Gestaltung der Brotpreise vom Standpunkt der Zwangswirtschaft aus beleuchtet folgendes: „Auf dem kürzlich in Breslau abgehaltenen 19. Verbandstage des Bäckerinnungsverbandes Schlesien wurde vom Syndikus Davones an Hand eines reichen Zahlenmaterials ausgeführt, wie tief einschneidend die Zwangswirtschaft auf die Brotpreise wirke. Der Redner ging von der Voraussetzung aus, daß infolge der nicht ausreichenden Ernte und des dadurch nicht bedingten Ankaufs ausländischen Getreides die Regierung sich veranlaßt sehe. Geld für diese Mehl- und Getreideankäufe zurückzulegen. Dieser Sparzweck der Regierung verteuere das Mehl um 92 Mark pro Doppelzentner. Die Reichsgetreidestelle erhalte das fertig Mehl einschließlich der 92 Mk. für 147 Mk. Der Bäcker muß es aber mit 225 Mark bezahlen. Der Unterschied von 78 Mk. pro Doppelzentner kommt auf die Rechnung der Zwangsbewirtschaftung. Bei einem Aufschlage von 78 Mark aber verteuere sich das Brot um 25 bis 27 Pfg. Pfg pro Pfund. Wir zahlen in Deutschland wohl 337 Millionen Mark allein für die Unterhaltung der Zwangsbewirtschaftung des Brotes.

— Noch nicht heimgekehrte Kriegsgefangene. Die Anmeldungen der Kriegsgefangenen, welche nachweisbar in England, Frankreich, Amerika, Belgien, Italien und Serbien in Gefangenschaft waren und noch nicht heimgekehrt sind, müssen von ihren Angehörigen nunmehr sofort, soweit dies noch nicht geschehen ist, bei den Kriefaheimen erfolgen. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß sie für ordnungsmäßige Erledigung von Meldungen, die nach dem 15. Juni 1920 einliefen, eine Gewähr nicht übernehmen können.

Kamenz. Nach fünfjährigem Ausfallen findet in diesem Jahre im August das seit Jahrhunderten bestehende „Kamenzer Forstfest," das immer wieder Tausende angezogen hat, statt.

Dresden. Ein seltsamer Unglücksfall ereignete sich in einem Hotel in der Prager Straße. Dort waren, um daß während des Krieges eingeschleppte Ungeziefer zu vertilgen, durch einen Kammerjäger Zimmer entseucht worden, wobei dieser Blausäure benutzt hatte. Türen und Schlüssellöcher der betreffenden Zimmer waren ordnungsgemäß verklebt, damit daß Blausäuregas nicht entweichen konnte. Trotzdem und obwohl alle Angestellten gewarnt worden waren, brach eines der bediensteten, im Hause wohnenden Mädchen ein Zimmer auf, um sich für einen Ausgang fertig zu machen. Kaum hatte sie das Zimmer betreten, als sie — von dem Blausäuregas vergiftet — entseelt zu Boden stürzte. Nach der von der Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und dem Gerichtsarzt angestellten Untersuchung wurde die Leiche zur Beerdigung freigegeben, da ein Verschulden des Wirtes nicht vorlag. Bekanntlich ereignete sich schon ein ähnlicher Fall in der Trainkaserne, der zur Anklage gegen den Kammerjäger führte, die mit Freispruch endete. Der Vorfall sollte künftig zur Warnung dienen und daher in weiteste Kreise verbreitet werden, da jetzt allgemein Blausäuregas von den Kammerjägern verwendet wird, weil es das einzige sicherste Mittel zur völligen Vertilgung des Ungeziefers ist.

— In Dresden fallen die Preise fortgesetzt! So sind neue italienische Kartoffeln das Pfund zu 1 Mark, alte Kartoffeln zu 30 Pfg. das Kilogramm, beide in genügender Menge im freien Handel zu haben. Schöner großkörniger Reis kostet wohl noch 7,90 Mk. das Pfund, doch wird auch dieses Produkt noch eine weitere Preisherabsetzung erfahren. Große, schöne Vollheringe werden 4 Stück zu 1 Mark verkauft. Bedeutend ist der Preisrückgang in Schuhwaren, die z. B. von 533 Mark auf 229 Mark gesunken sind. Damenwäsche und Anzüge, sowie Stoffe aller Art sind um 70 Prozent gefallen. Vier Stück Heringe 1 Mark und wir bezahlen 1,70 Mk. für einen! Wenn das wahr wäre . . . .